2.4.2024 - Redaktionsmeldungen

Leihmütter, BVerfG und Politik, trans Kinder, Alleinerziehende, Verfahrensbeiständ*innen

Die FamRZ verfolgt für Sie die Berichterstattung in den Medien zu aktuellen familienrechtlichen Themen. Einmal monatlich veröffentlichen wir auf famrz.de einen Überblick über die interessantesten Artikel – zum Weiterlesen, Diskutieren oder Wundern.

Sorgerecht für Leihmütter

taz | *Clara Markurt*

In ihrem Gastbeitrag für die taz stellt Clara *Markurt*, stellvertretende Bundesvorsitzende der SPDqueer und Referentin für die AG Queer der SPD-Fraktion, fest: "Leihmutterschaft findet immer schon statt, nur eben nicht hier. Eltern aus Deutschland erfüllen sich in anderen Ländern ihren Kinderwunsch. Wer es sich leisten kann, in den USA. Wer über weniger Geld verfügt, geht den rechtlich unsicheren Weg in Osteuropa ." Sie wünscht sich eine gesellschaftliche Debatte über dieses Thema.

Wenn die Politik das Bundesverfassungsgericht ignoriert

LTO | *Oscar Genter*

Vor einem Jahr hat das *Bundesverfassungsgericht* entschieden: Das Gesetz zur Bekämpfung von Kinderehen ist mit dem Grundgesetz unvereinbar. Noch bis 30.6.2024 hat der Gesetzgeber Zeit, eine in jeder Hinsicht verfassungsgemäße Regelung zu schaffen. Oscar *Genter* befasst sich in seinem Artikel mit der Frage: Was passiert eigentlich, wenn Gesetzgeber und Politik Entscheidungen des *BVerfG* ignorieren?

Wie viele trans Kinder gibt es? Und welche Behandlung erhalten sie?

Redaktionsnetzwerk Deutschland | *Timm Lewerenz*

Im Mai 2023 veröffentlichte die Regierung einen Entwurf für ein *Gesetz über die Selbstbestimmung in Bezug auf den Geschlechtseintrag*. Was heißt es eigentlich, wenn sich Minderjährige nicht mit ihrem Körper identifizieren? Welche Risiken bergen die Therapien? Und wer entscheidet über sie? Der Artikel stellt eine neue interdisziplinäre Leitlinie zur sogenannten Geschlechtsdysphorie vor.

Alleinerziehende dürfen nicht Eltern zweiter Klasse sein

WELT | *Delia Keller*

Die Gastautorin Delia *Keller* findet in der WELT, dass Familien mit einem alleinerziehenden Elternteil als "Familien zweiter Klasse" behandelt werden. Bei Steuern und Sozialleistungen werden sie benachteiligt. Sie schlägt drei Maßnahmen vor, die die Situation verbessern könnten.

Sie stehen Kindern im Familiengericht zur Seite – oft nur für einen Aushilfslohn

stern | *Patrick Rösing*

Der Artikel thematisiert die Anpassung der Vergütung für Verfahrensbeistände: Der Verantwortungsbereich von Verfahrensbeiständinnen und Verfahrensbeiständen wächst stetig, die Vergütung stagniert allerdings. Der Berufsverband sorgt sich um Qualität und Nachwuchs.